

19.471 Parlamentarische Initiative

Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen. Fristverlängerung

Eingereicht von: Comte Raphaël
FDP-Liberale Fraktion
FDP.Die Liberalen



Einreichungsdatum: 21.06.2019
Eingereicht im: Ständerat
Stand der Beratung: Folge gegeben

Eingereichter Text

Das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 soll dahingehend geändert werden, dass die Frist für die Einreichung der Gesuche verlängert wird.

Begründung

Dank dem Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 konnten zahlreiche Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen entschädigt werden. Auch wenn die vom Gesetz vorgesehenen Beträge eher von symbolischem Wert sind, bilden diese Entschädigungen doch ein wichtiges Element in der Anerkennung des Unrechts, das den von solchen Massnahmen Betroffenen zugefügt worden ist.

Nun ist es aber so, dass die relativ kurze Frist, die im Gesetz für die Einreichung der Gesuche vorgesehen war, dazu geführt hat, dass gewisse Opfer ihre Ansprüche nicht geltend machen konnten. Natürlich kann man behaupten, dass die Fristen ja bekannt waren und man sich an sie hätte halten sollen. Dabei darf aber nicht die persönliche Situation zahlreicher Opfer ausser Acht gelassen werden; ihnen fällt es oftmals schwer, gegenüber den Behörden mit Forderungen aufzutreten, und bis sie sich dazu überwinden können, vergeht Zeit.

Eine zusätzliche Frist wäre ein Akt der Menschlichkeit und würde vom Respekt gegenüber den Opfern fürsorgerischer Zwangsmassnahmen zeugen. Sie erlaubte es, Personen zu entschädigen, denen es das erlittene Leid bisher schwer bis unmöglich gemacht hat, sich an die ursprüngliche Frist zu halten.

Chronologie

28.10.2019 Kommission für Rechtsfragen SR
Folge gegeben
14.11.2019 Kommission für Rechtsfragen NR
Zustimmung

Zuständigkeiten**Behandelnde Kommissionen**

Kommission für Rechtsfragen NR (RK-NR)
Kommission für Rechtsfragen SR (RK-SR)

Zuständige Behörde

Parlament (Parl)



Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Ständerat

Mitunterzeichnende (3)

Cramer Robert, Levrat Christian, Seydoux-Christe Anne

Links

